



Hans-Hermann Hertle

Chronik des Mauerfalls

Die dramatischen Ereignisse um den

9. November 1989

Ch. Links Verlag, Berlin 1999

Wie kein anderer Ort war die Panzermauer vor dem Brandenburger Tor auf westlicher Seite zur Besichtigungs- und Erlebnisstätte für das Ende des Kalten Krieges geworden.¹ Dutzende von Fernsehstationen übertrugen von hier Weltgeschichte live in alle Kontinente. Ununterbrochen standen zwischen eintausend und dreitausend Menschen auf der Mauer und ließen ihren Gefühlen freien Lauf. Das waren zunächst überwiegend Jubel und Freude. Die feindseligen Mauerwächter von gestern wurden als Soldaten einer friedlichen Revolution mit freundlichen Zurufen und Geschenken bedacht und damit ihr Anteil an der Gewaltlosigkeit der Ereignisse gewürdigt. Zuviel Emotionen und menschliches Leid waren jedoch mit dem Bauwerk verbunden, als daß sich nicht auch aggressive Töne und Schmährufe in die Jubelstimmung gemischt hätten; die Oberhand jedoch gewannen sie zunächst nicht.

Einzelne Personen, die am frühen Abend des 10. November im Übermut auf die Ostseite hinabsprangen, wurden von Grenzsoldaten auf die Mauer zurückverwiesen. Später in der Nacht, unter dem gleißenden Licht der Fernscheinwerfer und mit zunehmendem Alkoholkonsum, wurden die Rufe „Die Mauer muß weg!“ lauter und die Versuche energischer, diesem Ziel mit Vorschlagshämmern näherzurücken. Feuerwerkskörper wurden von West-Berliner Gebiet in Richtung Brandenburger Tor abgeschossen; gelegentlich flogen die geleerten Flaschen in Richtung Osten.² Mit dem Alkoholpegel stieg der Mut und die Zahl derer, die von der Mauer „in den Handlungsraum der Grenztruppen“ sprangen. Zwischen Mauer und Brandenburger Tor bildeten sie eine größer werdende „Ausbuchtung“, denn der Weg durch das Tor und über den Pariser Platz nach Ost-Berlin wurde ihnen von Postenketten der Grenztruppen versperrt. Um 22.00 Uhr waren es 20 bis 50, eine halbe Stunde später bereits 200 und um Mitternacht 400 Personen, die den Grenzsoldaten zwischen Mauer und Brandenburger Tor Auge in Auge gegenüberstanden.

Die Verunsicherung auf der DDR-Seite wuchs. Um 22.30 Uhr übermittelte ein Major der Grenztruppen am Checkpoint Charlie ei-



nem Polizeihauptkommissar der West-Berliner Polizei einen förmlichen Protest. Die Störungen am Brandenburger Tor nahmen zu; es würden Sachbeschädigungen vorgenommen, Brandflaschen geworfen und die Grenztruppen massiv bedroht. „Er fordert die Berliner Polizei auf“, notierte der West-Berliner Beamte, „gegen diese Störungen vorzugehen, um die bisher erreichten Regelungen nicht zu gefährden.“³

Gleichzeitig begannen die Grenztruppen, eine Einschüchterungskulisse aufzubauen. Sie führten Schutzhunde heran und verstärkten demonstrativ ihre Präsenz. Um Mitternacht wurden sechs Lastwagen mit Armeeangehörigen und ein Wasserwerfer in Höhe des Brandenburger Tores „zur Demonstration“ vorgezogen, kurze Zeit später ein zweiter Wasserwerfer in Stellung gebracht. Um 0.30 Uhr erfolgte per Lautsprecher die Aufforderung, den Handlungsraum der Grenztruppen zu verlassen, andernfalls erfolge in zehn Minuten der Einsatz polizeilicher Mittel. Auch die West-Berliner Polizei richtete gleichlautende Appelle an die Mauerspringer. Ihrem aktiven Einschreiten waren jedoch Grenzen gesetzt, da ein mehrere Meter breiter Streifen auf der Westseite der Mauer, das sogenannte Unterbaugelände, zum Hoheitsgebiet der DDR gehörte. Dessen Betreten war der West-Berliner Polizei verboten. Aus diesem Grund griff sie selbst dann nicht ein, als südlich der Panzermauer, in Richtung Potsdamer Platz, im übermütigen Abrißtaumel begonnen wurde, die eigentliche Grenzmauer aufzumeißeln und die Rohraufgaben zu demontieren.

Den Kommandeuren der Grenztruppen schien das Risiko eines Einsatzes bewußt; sie schoben den Einsatz der Wasserwerfer hinaus und räumten stattdessen den Vorraum des Brandenburger Tores mehrfach ohne den Einsatz von Gewalt. Die Mauerspringer wurden der Volkspolizei übergeben und von dieser über die Grenzübergänge nach West-Berlin abgeschoben. Auf diese Weise wurde die Lage während der Nacht in einem spannungsgeladenen Schwebezustand gehalten.

Am frühen Morgen jedoch drohte die Eskalation. Nach stundenlangem Hämmern und Meißeln stand der Versuch, das südlich an die Panzermauer angrenzende Mauersegment herauszulösen und eine erste Bresche in die Mauer zu reißen, vor einem durchschlagenden Erfolg. Auf der Ostseite setzten jetzt hektische Aktivitäten ein. Die



Volkspolizei löste um 7.30 Uhr Alarm aus und beorderte weitere Kräfte ans Brandenburger Tor; drei Hundertschaften des Stadtkommandanten marschierten auf, und die Grenztruppen führten zusätzliche Reserven heran. Die Vorbereitungen zum Einsatz der Wasserwerfer waren unverkennbar. Parallel dazu wurden die diplomatischen Kontakte aktiviert. Ab 8.00 Uhr setzten Bemühungen des DDR-Außenministeriums ein, direkte Verbindung zum Senat von Berlin und über die sowjetische Botschaft zu den West-Alliierten aufzunehmen, um den Stop der Abrißaktion zu erwirken.⁴ Doch das Telefonnetz zwischen den Stadthälften war völlig überlastet zusammengebrochen.

Seit der sowjetischen Blockade West-Berlins im Jahr 1948 waren die direkten Verbindungen zwischen den Polizeibehörden beider Stadthälften gekappt, die Kommunikation auf einseitige Mitteilungen wie die Übergabe von Protestnoten beschränkt. Durch visuelle Beobachtung konnten sich beide Seiten über die Mauer beäugen, durch die Überwachung des Funkverkehrs gegenseitig belauschen. Miteinander kommunizieren jedoch konnten sie nicht, und dies machte es geraume Zeit unmöglich, auf der Führungsebene Maßnahmen abzustimmen.

Den West-Berliner Polizeipräsidenten Schertz hatte die konfliktbeladene Situation bereits in der Nacht beunruhigt. Würden die Menschen mit Wasserdruck von der Mauer gespritzt, so seine Befürchtung, bestand die große Gefahr, daß es Verletzte, möglicherweise sogar Tote gab.⁵ Wenn irgend jemand in der DDR-Führung einen Anlaß oder Vorwand suchte, um die Öffnung der Grenze rückgängig zu machen, bot sich die kritische Lage am Brandenburger Tor dafür geradezu an. Durch Zurufe über die Mauer und über persönliche Kontakte, die sich an Übergängen wie der Invalidenstraße in den zurückliegenden dreißig Stunden zwischen Polizeibeamten und Grenzoffizieren entwickelt hatten, wurden die Grenztruppen gebeten, den Einsatz der Wasserwerfer zu unterlassen. Statt dessen, so der Vorschlag von Schertz, sollten die Grenztruppen versuchen, die Mauerkrone mit friedlichen Mitteln zu räumen und anschließend mit Posten besetzt zu halten. Schertz versprach, von West-Berliner Seite flankierende Sicherheitsmaßnahmen einzuleiten und zur Entschärfung beizutragen.

Der Räumungseinsatz der Grenztruppen begann am Morgen des 11. November um 8.05 Uhr.⁶ Die Reihen der Schaulustigen und Be-



setzer hatten sich zu dieser Zeit stark gelichtet. Statt die Besetzer gewaltsam mit den Druckwasserkanonen der Hydromile von der Mauer zu spritzen, wurden sie lediglich naßgerieselt. Gleichzeitig enterten dreihundert unbewaffnete Grenzsoldaten über Holzleitern die Mauerkrone. Wer nicht freiwillig den Rückzug antrat, wurde teils behutsam, teils mit körperlicher Gewalt zum Sprung in den Westen gedrängt. Die Grenzsoldaten behielten trotz Stein- und Flaschenwürfen die Nerven. Aus ihrem Führungspunkt im Reichstagsgebäude konnte die West-Berliner Einsatzleitung die Entwicklung direkt verfolgen. Als die Mauer geräumt war, griff sie ein, zog fünfzehn Mannschaftswagen der West-Berliner Polizei Stoßstange an Stoßstange vor die Mauer und sicherte die Rückeroberung des Walls durch die DDR-Grenztruppen ab. Ein erneutes Besteigen des Mauerrondells, zunächst allerdings nur seiner südlichen Hälfte, war nun unmöglich. Die Zustimmung, den Grenzstreifen zu befahren, hatten zuvor die britischen Alliierten nach Absprache mit der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin erteilt.⁷ Anders als die deutsche Seite verfügten die Alliierten noch aus der Zeit vor 1948 über eine direkte Telefonleitung, die die sowjetische Botschaft mit der Befehlszentrale im britischen Sektor verband.⁸

Die Abriegelungsaktion dauerte noch an, als es südlich der Panzermauer einer kleinen Gruppe gelang, mit einem Jeep ein freige-meißeltes, etwa drei Quadratmeter großes Segment aus der Mauer herauszureißen. Nach der Ankündigung, bei weiterer Beschädigung der Mauer Festnahmen durchzuführen, schritten mit Helm, Schild und Schlagstock ausgerüstete Polizisten ein und beendeten die private Abrißaktion. Das Segment wurde anschließend von Ost-Berliner Seite zurückgezogen, in die Mauer eingepaßt und verschweißt.

Die erfolgreiche Kooperation von Grenztruppen und West-Berliner Polizei beruhigte die Lage und schuf eine erste Vertrauensbasis zwischen den Einsatzleitungen in Ost und West. Der Aufbau stabiler Kommunikationsbeziehungen zu den Grenztruppen und zum Präsidium der Volkspolizei kristallisierte sich als vordringliche Aufgabe heraus, um weiteren ernststen Gefahren weniger spontan und zufällig begegnen zu können. Um 10.30 Uhr, nach Abschluß dieses Einsatzes, übermittelte die Senatskanzlei dem DDR-Außenministerium telegrafisch den Wunsch des Polizeipräsidenten, am Übergang Invalidenstraße erneut Kontakt aufzunehmen, um weitere Maßnah-



men am Brandenburger Tor abzustimmen.⁹ Bei der dann folgenden Kontaktaufnahme teilte die Polizeiführung ihre Bereitschaft zu einer Spitzenbegegnung mit dem Kommandeur des Grenzkommandos Mitte mit. Der Vorschlag, der der Zustimmung der westlichen Alliierten bedurfte, wurde von den Grenztruppen angenommen.¹⁰ Um 14.00 Uhr saß Polizeipräsident Schertz mit Oberst Günter Leo, dem stellvertretenden Kommandeur der Berliner Grenztruppe, im Grenzübergang Friedrich-/Zimmerstraße an einem Tisch. „Seit diesem Augenblick“, so Oberst Leo, „wurde das Zusammenwirken der Westberliner Polizei und der Grenztruppen auf eine ganz neue Stufe gestellt.“¹¹

Am Morgen des 11. November begann um 9.00 Uhr eine Parteiaktivversammlung des MfS, bei der Minister Mielke jedoch nicht in Erscheinung trat. Das einleitende Referat hielt Wolfgang Herger.¹² Er begründete vor den Tschekisten die Notwendigkeit der Ablösung Honeckers, die am 18. Oktober erfolgt war: „So wie bisher (ging es) nicht weiter.“ Der ehemalige Generalsekretär habe sich von der Sowjetunion und dem Marxismus-Leninismus entfernt und nur noch in Illusionen gelebt. Indem er den Anteil Mielkes hervorhob, machte Herger deutlich, daß das MfS beim Sturz Honeckers nicht abseits gestanden hatte. Mielke habe die materielle und militärische Lage genau gekannt, am meisten unter dem *Führungsstil Honeckers* gelitten und gerade deshalb die Wende mit vorbereitet und erkämpft. In Absprache mit den sowjetischen Genossen, aber nicht von der Sowjetunion gesteuert, hätten Krenz und er die Initiative übernommen. Bei der Erneuerung des Sozialismus in der DDR gehe es um eine strategische Konzeption, die den Sozialismus menschlicher und demokratischer mache. Mehrfach bekannte sich Herger zu der Leitlinie der neuen Führung, politische Probleme mit politischen Mitteln zu lösen.

Über die Lage am Brandenburger Tor wurde Herger offenbar laufend informiert, denn gleich zu Beginn des Referats wies er auf die „außerordentlich komplizierte Lage“ hin und teilte mit, daß West-Berliner „Provokateure“ im Begriff seien, die Mauer einzureißen. Maßnahmen seien jedoch eingeleitet, fügte er beruhigend hinzu; Kotschemassow sei in Kontakt mit den westlichen Kommandanten, und man selbst versuche, in Kooperation mit der West-Berliner Po-



lizei „Vernunft auf der anderen Seite“ zu erreichen. „Heute Ziel: Vernunft muß siegen“, notierte ein Teilnehmer der Versammlung als Aussage Hergers.¹³ Und einige Zeit später gab er bekannt, daß sich die Situation entschärft habe; man müsse Vertrauen ins Volk haben.

Soweit ersichtlich, spielte die Lage an der Grenze im weiteren Verlauf der Versammlung keine Rolle. Als Hauptkritik schälte sich aus mehreren Diskussionsbeiträgen der Vorwurf heraus, die Parteispitze habe das MfS in den letzten Wochen im Stich gelassen. Auch die SED-Kreisleitung des MfS wurde für ihre Inaktivität scharf gerügt. In den Diskussionsbeiträgen trat die tiefe Verunsicherung der Parteikader zutage, die anstehenden und zukünftigen Aufgaben des MfS ohne Anleitung der Partei zu bestimmen. Die Aktivtagung endete mit der Ankündigung, eine Arbeitsgruppe zu den Schwerpunkten der Arbeit und zur Struktur des MfS ins Leben zu rufen.

Zur gleichen Zeit wie im MfS hatte sich das Parteiaktiv des Ministeriums für Nationale Verteidigung im Konferenzsaal des Tagungszentrums in Strausberg versammelt. Keßler erhielt keine Gelegenheit, das von ihm vorbereitete vierzehnteilige Einleitungsreferat zu halten. Die Sitzung, zu der auch die Chefs der Politischen Verwaltung der Teilstreitkräfte geladen waren, begann vielmehr mit Rücktrittsforderungen an den Minister und seine beiden Vertreter Streletz und Brüner.¹⁴ Bereits wegen der „Anmaßung von Privilegien“ und ihres „Strebens nach persönlichen Vorteilen“ im Gerede,¹⁵ wurden sie nun für die Kopf- und Führungslosigkeit im Ministerium seit dem Ausbruch der Krise Anfang September und speziell am 9. November verantwortlich gemacht. Der Überraschungseffekt in der Nacht vom 9. auf den 10. November, die Tatsache, daß in der NVA keinerlei Weisungen vorbereitet waren, wurde dabei als treffendster Beleg für die miserable Führungstätigkeit der Spitze des Ministeriums gewertet.¹⁶ Während der knapp dreiviertelstündigen Diskussion wurden Keßler und Streletz im Präsidium fortlaufend Zettel zugeschoben. Beide verließen mehrfach den Raum. Das heizte die Stimmung zusätzlich an, weil der Eindruck entstand, sie wollten sich der kritischen Diskussion entziehen. Tatsächlich wurden beide am Sonderapparat des Tagungszentrums über die Lageentwicklung am Brandenburger Tor informiert.¹⁷ Keßler blieb schließ-



lich der Versammlung gänzlich fern. Unter Hinweis auf „einen angeblich bevorstehenden ‘Sturm auf das Brandenburger Tor’“¹⁸ wurde die Tagung schließlich abrupt abgebrochen: „Der Sozialismus ist in Gefahr“, hieß es. „Jetzt haben wir keine Zeit mehr, weiter zu diskutieren. Jeder an seinen Platz!“¹⁹

Armeegeneral Heinz Keßler stand vor dem Zusammenbruch seines Lebenswerkes. „Wir alle sind wohl der härtesten Zerreißprobe in der Geschichte unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht ausgesetzt. Für mich kann ich sagen, daß dies wohl einer der schwierigsten und schmerzvollsten Abschnitte in meinem jahrzehntelangen Wirken als Funktionär der Partei der Arbeiterklasse ist“, hatte er eigentlich in seinem verhinderten Beitrag sagen wollen.²⁰ Vierzig Jahre Sozialismus drohten auch ihm unter den Füßen wegzurutschen, wie es Horst Sindermann zwei Tage später formulierte.²¹ Doch anders als Stasi-Chef Mielke zeigte Keßler weder als Politbüro-Mitglied noch als Minister Resignationserscheinungen. In einer Situation, hieß es in seinem Manuskript, in der West-Berliner und BRD-Politiker eine Volksbewegung zur Überwindung der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten wollten und dazu „eine beispiellose Massenpsychose“ schürten, gelte es, „jeden Befehl der Arbeiter-und-Bauern-Macht ehrenvoll zu erfüllen, vor allem in dem Bewußtsein, damit die Existenz unseres Staates und den Frieden in Europa zu erhalten. Wir Kommunisten wollen alles tun, damit es in diesen Positionen keine Schwankungen gibt.“²² In der Armee, so wollte er das Parteiaktiv einstimmen, sei die erforderliche Gefechtsbereitschaft so zu sichern. „daß eine Überraschung von außen ausgeschlossen wird“.²³ Wenn er schon seine Rede nicht halten konnte, so war Keßler doch offenbar zum Handeln bereit.

Um 10.00 Uhr oder 10.15 Uhr nahm der Chef der Landstreitkräfte einen Anruf seines Ministers entgegen, der eine Möglichkeit suchte, die Mauer am Brandenburger Tor zu räumen: „Bist du bereit, mit zwei Regimentern nach Berlin zu marschieren?“ habe sich Keßler versichert. – „Ist das eine Frage oder ein Befehl?“ fragte Stechbarth zurück. „Als ich gestern an der Mauer vorbeikam, lief doch alles friedlich ab. Habt ihr euch die Konsequenzen überlegt?“ – Keßler habe eingewandt: „Man hat die Mauer besetzt!“ Unter Hinweis auf die unabsehbaren Folgen einer Truppenbewegung durch Berlin, so Stechbarth, habe er Keßler gebeten zu überlegen, ob es keine ande-



ren Mittel gebe, die Besetzung der Mauer zu beenden, Keßler habe geschwankt und mitgeteilt, er bekomme Bescheid.²⁴

Im Kommando der Landstreitkräfte beriet Stechbarth das Ansinnen Keßlers mit seinem Stabschef, Generalleutnant Skerra. Zusammen seien sie zu der Einschätzung gelangt, so Skerra, daß die vorgesehenen Truppen auf diese Aufgabe nicht vorbereitet, für den Einsatz zu schwach und deshalb nicht einsetzbar waren. Wie sollten sie im übrigen die beiden außerhalb von Berlin – im Süden in Stahnsdorf und im Norden in Oranienburg – stationierten Regimenter in die Stadtmitte führen? Am 4. November war das problemlos möglich gewesen, weil die Hundertschaften der 1. MSD vor Demonstrationsbeginn nach Berlin gefahren worden waren. Am 11. November hingegen, an dem die Straßen überfüllt waren und ein unbeschreibliches Verkehrschaos herrschte, zwei Regimenter von Süden und Norden in Richtung Stadtmitte in Marsch zu setzen, ließ schon bei der Anfahrt Auseinandersetzungen befürchten. Militärhandlungen, so ihr nüchternes Resümee, machten in dieser Lage keinen Sinn.²⁵

Im Ministerium für Nationale Verteidigung hatte Fritz Strelitz die Kollegiums-Mitglieder sowie die Chefs und Leiter der wichtigsten Abteilungen – einen Kreis von dreißig bis vierzig Personen – nach dem Abbruch der Parteiaktivversammlung gebeten, im Saal zu verbleiben. Der Ernst der Situation veranlaßte ihn, die Führungskader der NVA über die drohende Eskalation am Brandenburger Tor zu informieren und mitzuteilen, daß für die 1. MSD und das 1.StR-40 seit dem Vortag die Erhöhte Gefechtsbereitschaft mit Einschränkungen ausgelöst worden sei. Die Gemüter waren erregt, die Reaktionen unterschiedlich: „Sie reichten von betretenem Schweigen bis zu spontanen Unmutsäußerungen unschöner Art wie ‚Schwachsinn!‘ – ‚Theater!‘ – ‚Blödsinn!‘.“²⁶ Obwohl der Unmut nicht in direkte Aufforderungen unschlug, die Aktion abzubrechen, registrierte Strelitz, daß die „Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit dieser Maßnahme“ in Frage gestellt wurde.²⁷ „Was sollen die in Berlin? – Wie sollen die da reinkommen? – Die Straßen sind voll; die paar Mann zertreten sie dort!“ waren einige der Einwände, die ihm entgegenschlugen und über die er auch Minister Keßler informierte. Die Spitze des Ministeriums war gespalten; die Mehrheit trug eine Militäraktion nicht mit.



Gegen Mittag erreichte Streletz die Meldung des Chefs der Grenztruppen, „daß sich durch das Eingreifen der Westberliner Polizei die Lage an der Grenze zu normalisieren beginne und die Mauer von den Besetzern geräumt wird“.²⁸ Streletz bat Baumgarten, dies unverzüglich dem Minister zu melden. Kurze Zeit später wurde der Chef des Hauptstabes zu Keßler gebeten, der ihn unter Bezugnahme auf die Meldung Baumgartens und eine Rücksprache mit Krenz aufforderte, die Weisung zu erteilen, die Erhöhte Gefechtsbereitschaft aufzuheben. Aus dem Arbeitszimmer des Ministers übermittelte Streletz den entsprechenden Befehl etwa um 12.00 Uhr an Stechbarth.²⁹ Anschließend informierte er Armeegeneral Snetkow. Zurück in seinem eigenen Büro, gab er die Information über den Abbruch der Vorbereitungen eines militärischen Einsatzes der NVA auch an den Vertreter des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte bei der NVA, General Schuraljow, durch.

Zur gleichen Zeit, unmittelbar im Anschluß an eine Sondersitzung des Bundeskabinetts in Bonn, telefonierte Helmut Kohl mit Michail Gorbatschow. Er begrüße den Beginn der Reformen in der DDR und wünsche ihrer Durchführung eine ruhige Atmosphäre, teilte Kohl dem sowjetischen Parteichef mit. Dann versicherte er Gorbatschow, daß er „jegliche Radikalisierung ab(lehne) und (...) keine Destabilisierung der Lage in der DDR (wünsche)“. Gorbatschow bat den Kanzler nachdrücklich, der „Wende“ der SED Zeit zu lassen und ihr nicht durch ungeschickte Aktionen Schaden zuzufügen: „Auf keinen Fall“, so Gorbatschow, „sollte die Entwicklung durch ein Forcieren der Ereignisse in eine unvorhergesehene Richtung, ins Chaos gelenkt werden. (...) Und ich hoffe, daß Sie Ihre Autorität, Ihr politisches Gewicht und Ihren Einfluß nutzen werden, um auch andere in dem Rahmen zu halten, der der Zeit und ihren Erfordernissen entspricht.“³⁰ Bundeskanzler Kohl und sein Berater Horst Teltchik atmeten nach diesem Gespräch befreit auf. „Keine Drohung, keine Warnung, nur die Bitte, Umsicht walten zu lassen“, hielt Teltchik in seinem Tagebuch fest. „Nun bin ich endgültig sicher, daß es kein gewaltsames Zurück mehr geben wird.“³¹

Kurz nach 12.00 Uhr erhielt der Kommandeur des Artillerieregimentes der 1. Motorisierten Schützendivision Entwarnung. Der Divisionskommandeur hob die Erhöhte Gefechtsbereitschaft auf. Im Artillerieregiment wurde das Zyklogramm rückwärts abgearbeitet;



die schweren Artilleriewaffen wurden entmunitioniert. Auch die Motorisierten Schützenregimenter und die übrigen Truppenteile gingen in das normale Dienstregime zurück: bis 18.00 Uhr abends wurden die 179 Hundertschaften der NVA aufgelöst.³² Nach der Entwarnung in der Nationalen Volksarmee kehrte auch das Ministerium für Staatssicherheit zu seinem vor dem 9. November geltenden Dienstregime zurück.³³ Um 14.30 Uhr hob der stellvertretende Minister Mittig die am Vortag von Mielke befohlene ständige Anwesenheitspflicht und Einsatzbereitschaft aller Mitarbeiter in der MfS-Zentrale auf.³⁴

„Ich glaube, wenn wir mit Kampfeinheiten nach Berlin gefahren wären“, sagte der Kommandeur der 1. MSD im nachhinein. „wäre die Gefahr des Blutvergießens groß gewesen. Man hätte uns an und für sich nur die Aufgabe stellen können, die Grenze an den Stellen, wo sie geöffnet wurde, wieder zuzumachen. Ob uns das gelungen wäre, glaube ich nicht. Denn zu diesem Zeitpunkt war die Grenzöffnung so weit fortgeschritten und der Grenzverkehr so weit fortgeschritten, daß es dort sicherlich, wie ich schon sagte, zu Blutvergießen gekommen wäre.“³⁵

Als der West-Berliner Polizeipräsident um 14.00 Uhr mit dem stellvertretenden Kommandeur des Grenzkommandos Mitte am Checkpoint Charlie zusammentraf, war die Gefahr einer militärischen Aktion und eines Blutvergießens an der Grenze gebannt. Leo dankte Schertz für den „besonnenen, aber beherzten und konsequenten Einsatz“ der West-Berliner Polizei am Morgen,³⁶ der „zur Entspannung der dort zugespitzten Situation“ geführt habe.³⁷ Der Gesprächsverlauf zeigt, daß die Initiative für die Zusammenarbeit auf West-Berliner Seite lag.³⁸ Schertz bat im beiderseitigen Interesse um die Schaltung einer telefonischen Direktleitung zwischen den beiden Polizeipräsidiolen als Voraussetzung für einen ständigen Kontakt und ein abgestimmtes polizeiliches Einsatzverhalten. Im Auftrag des Chefs der Senatskanzlei übermittelte er außerdem den Wunsch, den Übergang Invalidenstraße zu verbreitern und als Ventil einen Grenzübergang für Fußgänger an den Seiten des Brandenburger Tores zu eröffnen. „Bei Schaffung der Möglichkeit von regelmäßigen gemeinsamen Absprachen“, hielten die Grenzer als Versprechen des Polizeipräsidenten fest. „wolle er die Bemühungen dahingehend verstärken, alle Probleme an der Staatsgrenze so zu lö-



sen, daß es zu keiner Konfrontations- und Provokationsausweitung kommt“.³⁹

Das Gespräch, das in „betont freundlicher und offener Atmosphäre“ stattfand, schuf die notwendige Vertrauensbasis, um die sich in den späten Nachmittagsstunden wieder verschärfende Lage zu beherrschen. Als sich wiederum 20.000 bis 30.000 Menschen auf der Westseite vor dem Brandenburger Tor versammelt hatten, bat Schertz die Ost-Berliner Kommandeure, die auf der Panzermauer postierten Grenzsoldaten vorübergehend abzuziehen, weil er deren Sicherheit nicht länger garantieren könne. Um 17.57 Uhr unterband die West-Berliner Polizei endgültig alle Versuche, die Mauerkrone zu erklimmen, indem sie ihren Sperrriegel schloß und auch die nördliche Hälfte des Mauerwalls mit Mannschaftswagen schützte.

Ab 22.37 Uhr bestand zwischen den Polizeipräsidiolen eine direkte Fernsprechverbindung, ab 23.44 Uhr konnte der direkte Funkverkehr aufgenommen werden.⁴⁰ In gemeinsamer Anstrengung gelang es den Grenztruppen im Osten und der Polizei im Westen in der Nacht vom 11. auf den 12. November, den Abbau der Sperranlagen und die Bauarbeiten zur Öffnung einer neuen Grenzübergangsstelle am Potsdamer Platz, nur 500 Meter südlich des Brandenburger Tores, abzusichern. Nach der Öffnung des Übergangs am Morgen des 12. November durch Walter Momper und den Ost-Berliner Bürgermeister Krack nahm der Druck auf die Mauer am Brandenburger Tor in kurzer Zeit ab.

- 1 Vgl. zum folgenden: BVFS Berlin, Rapport-Grenzsicherung Nr. 314 und 315 (BStU, ASt. Berlin 2323/2324); PdVP Berlin, ODH-Lagefilme Nr. 231 und 232 (ARCHIV POLPRÄS BLN/AG Archiv, DEZ VB 132), sowie die Operativen Informationen und Meldungen der HA I, der HA III und des Zentralen Operativstabs des MfS zur Lageentwicklung am Brandenburger Tor, 10./11.11.1989 (BStU, ZA, MfS-Arbeitsbereich Neiber 510, Bl. 105ff.).
- 2 Vgl. Tagesspiegel, 11.11.1989.
- 3 Niederschrift des förmlichen Protests, 10.11.1989 (ARCHIV POLPRÄS BLN/AG Archiv, DEZ VB 132).
- 4 Vgl. Ministerium des Innern, Information vom 11.11.1989, S. 6 (BStU, ZA, MfS-Arbeitsbereich Neiber 687, Bl. 12).
- 5 Vgl. hierzu und zum Folgenden: Gespräch d. Vf. mit Georg Schertz, 15.1.1996.
- 6 Vgl. Information der operativen Führungsgruppe vom 12. November 1989, S. 1 (BStU, ZA, MfS-Arbeitsbereich Neiber 687, Bl. 21).



- 7 Schertz zufolge war die Rolle der Alliierten in West-Berlin auf die Erteilung dieser Genehmigung beschränkt. Das Einsatzgeschehen selbst habe auf selbständigen Entscheidungen der West-Berliner Polizei beruht (Gespräch d. Vf. mit Georg Schertz, 15.1.1996) und nicht auf einer Anordnung oder einem Ersuchen der britischen Alliierten, wie damals verschiedene Tageszeitungen ohne Angabe von Quellen berichteten (vgl. Tagesspiegel, 12.11.1989; Welt am Sonntag, 12.11.1989).
- 8 Vgl. dazu: Gespräch d. Vf. mit Georg Schertz, 15.1.1996; Igor Maximytschew, in: Maximytschew/Hertle 1994, S. 1155.
- 9 Vgl. Fernschreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin/Senatskanzlei an den Beauftragten der Regierung der DDR für den Reise- und Besucherverkehr, Herrn Abteilungsleiter Dr. Müller, FS-Nr. E 2420, 11.11.1989, 10.30 Uhr (BStU, ZA, MfS-Arbeitsbereich Neiber 510, Bl. 81).
- 10 Vgl. Dez P 2-05177, Betr.: Kontaktaufnahme zwischen dem PPr und führenden Vertretern der Grenztruppen der DDR am 11.11.1989 (ARCHIV POL-PRÄS BLN/AG Archiv, DEZ VB 132).
- 11 Oberst Günter Leo, in: Karau 1992, S. 52.
- 12 Vgl. hierzu und zum folgenden die Notizen über die Parteiaktivtagung in den Arbeitsbüchern von drei MfS-Mitarbeitern (BStU, ZA, MfS-SdM 2332, Bl. 61-69; BStU, ZA, MfS-ZAGG 2742, Bl. 13-29; BStU, ZA, MfS-Arbeitsbereich Neiber 533, Bl. 46-61). – Ein von der SED-Kreisleitung des MfS selbst gefertigtes Protokoll über diese Tagung ist bislang nicht aufgefunden worden.
- 13 Arbeitsbuchnotizen über die Parteiaktivversammlung des MfS am 11.11.1989 (BStU, ZA, MfS-Arbeitsbereich Neiber 533, Bl. 47).
- 14 Vgl. HA I, Information zum Stimmungsbild über die Leitung des MfNV, 11.11.1989 (BStU, ZA, MfS-Arbeitsbereich Neiber 181, Bl. 40).
- 15 Keßler wurden als Dienstreisen getarnte und finanzierte Urlaubsreisen seiner Familie vorgeworfen, Streletz der Einsatz von Maurern der Wohnungsverwaltung des Ministeriums für seinen privaten Goldfischteich nachgesagt. Vgl. ebd., Bl. 38f.
- 16 Gespräch d. Vf. mit Werner Melzer, 21.8.1995.
- 17 Vgl. Fritz Streletz, in: Hertle 1995c, S. 917.
- 18 Hoffmann 1991, S. 30. – Später, so der persönlich auf der Versammlung nicht anwesende Chef der Volksmarine, Theodor Hoffmann, hätten Teilnehmer der Sitzung die Vermutung geäußert, „die Leitung des Ministeriums sei entweder in Panik geraten, weil sie meinte, daß ihr die Ereignisse in Berlin aus dem Ruder liefen, oder sie wollte eine förmliche Abstimmung über den Antrag auf Ablösung des Ministers und des Chefs des Hauptstabes verhindern“ (ebd., S. 30).
- 19 Gespräch d. Vf. mit Manfred Grätz, 12.9.1995.
- 20 Entwurf: Ausführungen des Mitgliedes des Politbüros des Zentralkomitees der SED und Ministers für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Keßler, auf dem Parteiaktiv des Ministeriums für Nationale Verteidigung am 11.11.1989, S. 3 (BArch/P, MZA, Strausberg AZN 8271, Dok. 30).
- 21 Dieses Bild benutzte Horst Sindermann nach seiner Abwahl als Präsident der Volkskammer (vgl. Volkskammer der DDR, 9. WP., 11. Tagung, Montag, den 13.11.1989, S. 253; Horst Sindermann, „Wir sind keine Helden gewesen“, in: Der Spiegel 19, 7.5.1990, S. 53ff.).
- 22 Entwurf: Ausführungen des Mitgliedes des Politbüros des Zentralkomitees der SED und Ministers für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Keßler, auf dem Parteiaktiv des Ministeriums für Nationale Verteidigung am 11.11.1989, S. 6 (BArch/P, MZA, Strausberg AZN 8271, Dok. 30).



- 23 Ebd., S. 6.
- 24 Gespräche d. Vf. mit Horst Stechbarth, 12.12.1994 und 18.7.1995.
- 25 Gespräch d. Vf. mit Horst Skerra, 9.9.1995.
- 26 Gespräch d. Vf. mit Manfred Grätz, 12.9.1995.
- 27 Fritz Streletz, in: Hertle 1995c, S. 918.
- 28 Ebd.
- 29 Vgl. dazu Fritz Streletz, Aktennotiz für den Minister für Nationale Verteidigung, Berlin, den 12.11.1989. Darin heißt es: „Aus der Erhöhten Gefechtsbereitschaft in den Zustand der Ständigen Gefechtsbereitschaft wurden am 11.11.1989 von 12.00 Uhr-15.00 Uhr zurückgeführt: – die 1. Mot.-Schützen-division, – das Luftsturmregiment-40“ (S. 2).
- 30 Information über den Inhalt des Telefongesprächs zwischen Michail Gorbatschow und Helmut Kohl am 11.11.1989 (SAPMO-BArch, ZPA-SED, IV 2/2.039/391, Bl.17ff.); vgl. auch Teltschik 1991, S. 27. – Ein Telefonat ähnlichen Inhalts führte Außenminister Genscher am gleichen Tag mit Eduard Schewardnadse. Schewardnadse äußerte „Besorgnis“ über die Rede Kohls vor dem Rathaus Schöneberg. Genscher versicherte seinem sowjetischen Amtskollegen, die Bundesregierung strebe nicht danach, die bei den Reformen in der DDR auftretenden Schwierigkeiten „einseitig auszunutzen“ (Information über den Inhalt des Telefongesprächs zwischen Eduard Schewardnadse und Hans-Dietrich Genscher am 11.11.1989 – SAMPO-BArch, ZPA-SED, IV, 2/2.039/319, Bl. 22-25).
- 31 Teltschik 1991, S. 28.
- 32 Vgl. Fritz Streletz, Aktennotiz für den Minister für Nationale Verteidigung, 12.11.1989. Sechs Kompanien aus dem Bestand der 1. MSD und des LStR-40 wurden allerdings nach dieser Demobilisierung zur „Verstärkung der Grenzsicherung“ in Bereitschaft gestellt.
- 33 Vgl. die entsprechende Weisung von Generaloberst Mittig, BdL/318/89, Berlin, 11.11.1989. Die Weisung lautete, „mit sofortiger Wirkung hinsichtlich des Kräfteinsatzes und der Lösung der Aufgaben nach der VVS 80/89 zu verfahren“ (BStU, ZA, MfS, Dok.-Nr. 103637). – Zum Inhalt der VVS 80/89 vom 25.10.1989 siehe oben.
- 34 Die Uhrzeit geht hervor aus: Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz, ODH vom 11.11.89, 8.00 Uhr, bis 12.11.89, 8.00 Uhr (BStU, ZA, MfS-ZAGG Nr. 1786, Bl. 72).
- 35 Interview von Thomas Heise (Spiegel-TV) mit Peter Priemer im Juli 1995, S. 5 (Archiv Spiegel-TV).
- 36 Dez P 2-05177/Polizeidirektor Förster, Betr.: Kontaktaufnahme zwischen dem PPr und führenden Vertretern der Grenztruppen der DDR am 11.11.89, S. 4 (ARCHIV POLPRÄS BLN/AG Archiv, DEZ VB 132).
- 37 Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik/Grenzkommando Mitte/Der Kommandeur, Protokoll des Gesprächs zwischen Oberst Leo und Polizeipräsident Schertz, GÜSt. Friedrich-/Zimmerstraße, 11.11.1989, 14.00–15.00 Uhr, S. 2 (BStU, ZA, MfS-Arbeitsbereich Neiber 874, Bl. 37).
- 38 Vgl. das Gespräch d. Vf. mit Georg Schertz, 15.1.1996. Auch Leo schreibt der West-Berliner Seite die Initiative für die Begegnung zu (vgl. Günter Leo, in: Karau 1992, S. 51).
- 39 Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik/Grenzkommando Mitte/Der Kommandeur, Protokoll des Gesprächs zwischen Oberst Leo und Polizeipräsident Schertz, GÜSt. Friedrich-/Zimmerstraße, 11.11.1989, 14.00–15.00 Uhr, S. 3 (BStU, ZA, MfS-Arbeitsbereich Neiber 874, Bl. 38).
- 40 Vgl. Dez LD 131/Polizeihauptkommissar Pagel, Betr.: Planungen/Gespräche für Fernmeldeverbindungen zum Polizeipräsidium in Ostberlin, 13. November 1989 (ARCHIV POLPRÄS BLN/AG Archiv, DEZ VB 132).

[Quelle: Hans-Hermann Hertle, *Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989*, Ch. Links Verlag, Berlin 1999.]